

SPD-Fraktionschef Martin Porzner fordert Plan für den Fall eines Strukturwandels

US-Abzug kein Tabuthema mehr

Stadt: Lärm durch Klage nicht zu stoppen – OB: Beim Verteidigungsminister beschweren

ANSBACH (fri) – Die Lärmbelastung der Bevölkerung durch die US-Hubschrauber ist auf rechtlichem Weg nicht zu stoppen, weil deutsche Lärmschutzbestimmungen bei Militärlübungen nicht greifen. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis des städtischen Rechtsdirektors Udo Kleinlein diskutierten nun Stadträte im Haupt- und Finanzausschuss über das künftige Verhältnis zwischen Stadt und Amerikanern, wobei auch der Gedanke an einen Abzug kein Tabu mehr war. Einig war man sich dabei nur in der Forderung nach weniger Hubschrauberlärm. OB Carda Seidel rief in diesem Zusammenhang die Bevölkerung dazu auf, sich mit Beschwerden über den Hubschrauberlärm direkt an das Bundesverteidigungsministerium zu wenden. Dies sei der „erfolgsversprechendste Weg“ in einer Situation, in der ansonsten der Stadt die Hände gebunden seien.

Die Hoffnung, welche die Stadträte auf die Möglichkeit einer Klage gegen den Fluglärm gesetzt hatten, erwies sich nämlich als Schall und Rauch. Zwar war eine solche in den 90er Jahren vorbereitet worden, berichtete Udo Kleinlein nun über seine Recherchen. Doch als Folge der deshalb zurückgezogenen Klage seien die heute noch gültigen Bestimmungen über die zeitlichen Beschränkungen für Übungsflüge auf Hubschrauberflugplätzen entwickelt worden. Nur an sie müssten sich die Amerikaner halten, deutsche

Vorschriften über Lärmschutz seien auf militärische Übungsflüge nicht anwendbar. Kleinleins Fazit: Die Stadt hat keine juristische Handhabe, um die Lärmbelastung einzudämmen.

Entsprechend kommentierte OB Carda Seidel diese Erkenntnisse. Sie werde zwar weiterhin die Armee mit klaren Forderungen nach Reduzierung der Lärmbelastung konfrontieren und setze dabei auch durchaus



Will auf den Fall eines Abzugs vorbereitet sein: Martin Porzner (SPD).

Hoffnungen auf den künftigen, ihr zugänglich erscheinenden Kommandeur der Katterbacher Einheit. Wirklich erfolgversprechend sei es in ihren Augen aber nur, wenn die Bürger sich direkt ans Verteidigungsministerium wenden, um eine Änderung der geltenden Rechtsverordnung zu den Hubschrauberflügen zu erreichen. Juristisch betrachtet sei das der einzige Punkt, an dem man dann den Hebel ansetzen könnte, meinte Seidel.

Das sah im Übrigen auch CSU-Sprecher Otto Schaudig so, der Seidel ausdrücklich den Rücken stärkte: „Sie sind in dieser Frage auf dem richtigen Weg. Meine Unterstützung haben Sie.“ Schaudig bezog sich damit darauf, dass Seidel im Dialog mit den Amerikanern bleiben und auch den künftigen Kommandeur frühzeitig in den Stadtrat einladen will, um dort „in freundschaftlichem Ton“ die Probleme anzusprechen.

Genau dies habe in den letzten Jahren gefehlt, glaubte Schaudig nämlich, der einen Rückgang der früher viel besseren Kontakte zwischen Armee und deutscher Seite beklagte. Nicht in Konfrontation, sondern nur im Dialog und in ganz kleinen Schritten könne das Hubschrauberlärmproblem gelöst werden, glaubte Schaudig mit einem Seitenblick auf Bürgermeister Hannes Hüttinger. Dessen Rücktritt hatte Schaudig wie berichtet gefordert, nachdem Hüttinger beim Ostermarsch sinngemäß erklärt hatte, die anhaltende Lärmbelastung durch die Hub-



Von der Rasanz der zunehmenden Ablehnung der US-Armee erschreckt: Stadtrat Horst Settler (CSU).

schrauber könne dazu führen, dass die US-Präsenz in Ansbach in Frage gestellt werde.

Allerdings teilen offenbar inzwischen auch CSU-Stadträte die Einschätzung Hüttingers, während Seidel – „Zum Thema Hüttinger sage ich nichts mehr“ – sich bedeckt hielt. So berichtete etwa Stadtrat Horst Settler von eigenen Erfahrungen mit unerträglichem Lärm „gestern Nacht wieder direkt über der Stadt“ und stellte fest, es sei „erschreckend“, mit welcher Rasanz sich deshalb die Einschätzung der US-Armee in der Öffentlichkeit wandle: vom einstigen Partner zum Gegner. Settler schlug deshalb vor, gemeinsam mit der Hochschule Ansbach eine breite Befragung der Be-

Sie lesen heute

Lokales

Sanierung beginnt

Meinhardswindener Straße wird am Montag gesperrt

Landkreis

Dinkelsbühler Taufstreit

Pfarrer verweigert Erlaubnis für auswärtige Feier

Westmittelfranken

Schikaniert Polizei die Bürger?

Schwere Vorwürfe gegen die Führung der Ansbacher Inspektion

Sport

Alle Stärken ausspielen

SpVgg will Erfolgsserie heute in Bad Abbach fortsetzen

völkerung anzugehen, um einmal definitiv einschätzen zu könne, wie dort überhaupt die Meinung sei.

Ähnlich äußerte sich auch SPD-Fraktionssprecher Martin Porzner. Settlers Vorschlag, meinte er, sei überlegenswert, und zwar auch deshalb, weil er selbst keineswegs davon überzeugt sei, dass eine Mehrheit die US-Präsenz ablehne. Die Betroffenheit durch den Lärm habe viele Facetten, sagte Porzner, „ich sehe es noch nicht so, dass ein gedeihliches Miteinander mit den Amerikanern nicht mehr geht.“ Gleichwohl gelte es, sich auf einen Strukturwandel vorzubereiten, um für den Fall eines Abzugs einen Plan zu haben, was dann mit dem freien US-Areal geschehen soll. (Zum Thema US-Präsenz siehe auch weitere Artikel auf dieser Seite.)